

rissene Labour Party kaum einen können.

Denn zu eng ist die Arbeiterpartei mit den Gewerkschaften liiert, noch nie vermochte in England ein Labour-Premier gegen die Gewerkschaften zu regieren.

Von den 28 Sitzen des Parteivorstandes nämlich sind zwölf den Gewerkschaften vorbehalten. Und von den 6,3 Millionen Labour-Mitgliedern gehören 5,5 Millionen der Partei als „politische“ Gewerkschaftler an. So können die Arbeitnehmer-Vertreter auf den jährlichen Partei-Kongressen beinahe alles durchsetzen, was sie wollen.

Am deutlichsten jedoch zeigt sich Labours Abhängigkeit von den Gewerkschaften in der Parteikasse: Von den 3,5 Millionen Mark, die Labours Zentrale 1967 einnahm, stammten drei Millionen von den Gewerkschaften.

In Wirklichkeit zahlen die Gewerkschaften noch viel mehr. Sie unterstützen auch lokale Organisationen der Partei, werben in ihren Zeitschriften für Labour und helfen bei der Finanzierung der Wahlkosten. Über zehn Millionen Mark Gewerkschaftsgelder fließen nach Schätzungen der konservativen Opposition jährlich in Labours Kassen.

Von den 363 Sozialisten, die bei den letzten Unterhauswahlen im Jahre 1966 ins Parlament einzogen, hatten 127 ihr Mandat mit direkter Hilfe der Gewerkschaften erobert, die bis zu 80 Prozent der Wahlkampfkosten ihres jeweiligen Kandidaten trugen. Den gewählten Volkvertretern zahlen die Gewerkschaften obendrein jährlich bis zu 4100 Mark — und erwarten dafür die Dankbarkeit eines Patenkindes.

Die Vertretung der Gewerkschaftsinteressen im Unterhaus war schon Anfang dieses Jahrhunderts, bei der Gründung der Labour Party, das erklärte Ziel. Die Arbeiterpartei, so formulierte Ernest Bevin, einst britischer Außenminister und einer der prominentesten Gewerkschaftsführer, sei „den Eingeweihten der Gewerkschaften entsprungen“.

1906 feierten 30 Labour-Abgeordnete ihren ersten Triumph: Im Unterhaus setzten sie durch, daß Gewerkschaften, die einen Streik ausriefen, nicht mehr zu Schadenersatz an die Unternehmen verurteilt werden durften. (Fünf Jahre zuvor hatte eine Gewerkschaft nach einem Streik aufgrund eines Gerichtsurteils 460 000 Mark Schadenersatz an die Taff-Vale-Eisenbahngesellschaft in Wales zahlen müssen.)

Macht und Einfluß der Gewerkschaften wurden fortan immer größer. Selbst konservative Regierungen hoffierten die Arbeiterführer. Kaum je setzten Regierung oder Parlament einen Untersuchungsausschuß ein, ohne auch einen Gewerkschaftsführer hinzuzuziehen.

Selbst ein Gewerkschaftsadel etablierte sich: Als Lords sitzen heute im Oberhaus fünf ehemalige Gewerkschafts-Bosse.

Zuweilen übernahmen die Gewerkschaftler sogar die Führung der Partei

— so zum Beispiel nach der Pfundabwertung von 1931, als Labours Unterhaus-Fraktion von 289 auf 46 Sitze zusammengeschrumpft war. Damals beherrschte der „Trades Union Congress“ (TUC), die Spitzenorganisation der englischen Gewerkschaften, die Labour-Fraktion jahrelang etwa so, „wie England den Irak und auch Ägypten beherrschte“ (so der konservative Abgeordnete Jan Gilmour).

Wie stark der Einfluß der Gewerkschaften auf die Labour Party heute noch ist, wird sich möglicherweise Anfang nächsten Monats zeigen: Am 5. Juni will der TUC auf einem Sonderkongreß über Barbara Castles und Harold Wilsons Anti-Streikgesetz beraten.

Vier Tage danach — etwa zwei Wochen später als ursprünglich geplant — soll das Unterhaus erstmals über das Gesetz abstimmen lassen.

Die Abstimmung soll, so will es der Premier, ein Vertrauensvotum sein, das ihm und seiner Regierung neue Stärke verleiht. Doch heute schon, knapp drei Wochen vor dem Votum, sind 61 der 347 Labour-Abgeordneten entschlossen, gegen das Gesetz zu stimmen.

FRANKREICH

WAHLEN

Ruhe regiert

Louis Pradel, Bürgermeister von Lyon, „bettelt“ nach eigenen Worten noch immer um Kredite, die ihm Paris 1962 zugesichert hatte. Deshalb, so erklärte Pradel, werde er bei der Präsidentschaftswahl im Juni nicht für den Gaullisten Pompidou, sondern für den Antigaullisten Poher stimmen.

Auch André Morice, Bürgermeister von Nantes, Michel Durafour, Bürgermeister von Saint-Etienne, Jean Lecanuet, Senator aus Rouen, erklärten sich für Poher: Die französische Provinz,



Poher-Intimus Lecanuet
„Vertrauensvolle Klugheit“



Präsidentschaftskandidat Poher
„la douce France“

vom Weltreisenden de Gaulle vernachlässigt, hat Rechnungen zu begleichen; die landsässigen Notabeln, von den Gaullisten dezimiert, aber mit dem Sturz de Gaulles wiederaufstanden, sind zum Sturm auf den Gaullismus angetreten.

Der Aufwind war schon in der ersten Maiwoche spürbar. Da de Gaulle von Bord gegangen war, ohne daß die Anarchie ausbrach, drängte sich den Franzosen langsam die Versuchung auf, man könne womöglich auch sein Regime loswerden — ähnlich ungestraft und gefahrlos wie den Chef.

Langsam schmeichelte sich dann in diese Versuchung die rundliche Gestalt des Interims-Präsidenten Poher ein. In ihm erkannten sich das Bürgertum und die Provinz wieder, die des aufregenden, gaullistischen Heldenzeitalters überdrüssig sind. Pohers väterliche Gelassenheit, seine natürliche Art aufzutreten und sich ohne apokalyptische Drohungen Respekt zu verschaffen, weckten Vertrauen, belebten den in der Provinz ohnehin nie gestorbenen Glauben, daß „la douce France“, das „liebliche Frankreich“, nicht unbedingt mit élyséischem Donnergrollen regiert werden müsse.

Dieses Frankreich hatte seine Vertreter vor der gaullistischen Flut in jenen (nach indirektem Wahlrecht gewählten) Senat gerettet, der durch de Gaulles Reform entmachtet werden sollte. Senatspräsident Poher hatte dagegen gekämpft, den Senatoren im Palais du Luxembourg erscheint er seither als der Retter. Vor dem Senat ließ er am Montag letzter Woche seine Kandidatur bekanntgeben. Und vor Senatoren ergriff er am folgenden Tag selbst das Wort.

Im schwer vergoldeten De-Brosse-Saal, der früheren Kapelle Ludwigs XVIII., stellte ein lächelnder, selbstsicherer Alain Poher noch einmal fest, was bislang sein größter Erfolg war:

„Ruhe regiert das Land, dank der vertrauensvollen Klugheit aller.“

Er kündigte das Ende des „bislang praktizierten Verfahrens des Alles oder Nichts“ an und dekretierte: „Der Staat gehört niemandem, er kann nicht das Eigentum der Partei oder des Clan sein, die gerade an der Macht sind.“ Die Senatoren klatschten wie befreit. Die gaullistischen und kommunistischen Kollegen waren nicht erschienen.

Poher kann sicher sein, beim ersten Wahlgang am 1. Juni zweitstärkster Kandidat zu werden. Die Linke — die mit vier Kandidaten antritt — würde nach letzten Meinungsumfragen selbst vereint nur noch etwa 23 Prozent Stimmen erhalten — halb soviel, wie ihr Kandidat François Mitterrand 1965 bei der Präsidentschaftswahl gegen de Gaulle erhielt. (Ein Führer der Linken, Sozialisten-Chef Guy Mollet,

1965 so viele bürgerliche Stimmen wegnahm, daß dieser sich zur Stichwahl gegen den Linken Mitterrand stellen mußte. Lecanuet aber, ein überzeugter Europäer und Kommunistenfeind, würde — so streuen die Gaullisten weiter aus — auch de Gaulles Außenpolitik ruinieren, vor allem die Öffnung nach Osten versperren. Böse Ausfälle der Moskauer Presse gegen Poher beweisen, daß zumindest die Russen derartige Befürchtungen hegen.

Lecanuet, Chef des „Centre démocratique“, hatte nicht nur den Interims-Präsidenten Poher bedrängt, selbst zu kandidieren, als dieser noch zögerte, sondern er hatte ihn auch sieben Monate zuvor als neuen Senatspräsidenten vorgeschlagen. Als einer der ersten des antigaulistischen Zentrums war Lecanuet dann auch öffentlich für Poher eingetreten. Sein Bündnis mit

zeugung so lange angebetet haben“, frohlockte der Zentrist Paul Stehlin, früher Luftwaffen-Stabschef, heute Abgeordneter des vornehmen XVI. Pariser Arrondissements. „Dieser Verstellkünstler („travesti“) ist nicht nach unserem Geschmack“, sagte Lecanuet.

Pompidou versuchte sogar, sich von seiner eigenen Partei, der UDR, abzusetzen. Seine „Wahldirektive Nr. 1“ legt fest: „Die Komitees zur Unterstützung der Kandidatur von Georges Pompidou dürfen in keiner Weise mit den Komitees zur Unterstützung des Ja beim Referendum des 27. April vermengt werden“ — ja nicht einmal mit „den eigenen Strukturen der UDR“. Gaullist zu sein gilt nicht mehr als fein. Nur bei den Analphabeten in Frankreichs de-Gaulle-treuen Übersee-provinzen will Pompidou mit dem Symbol des Gaullismus, dem Lothringer Kreuz, werben.

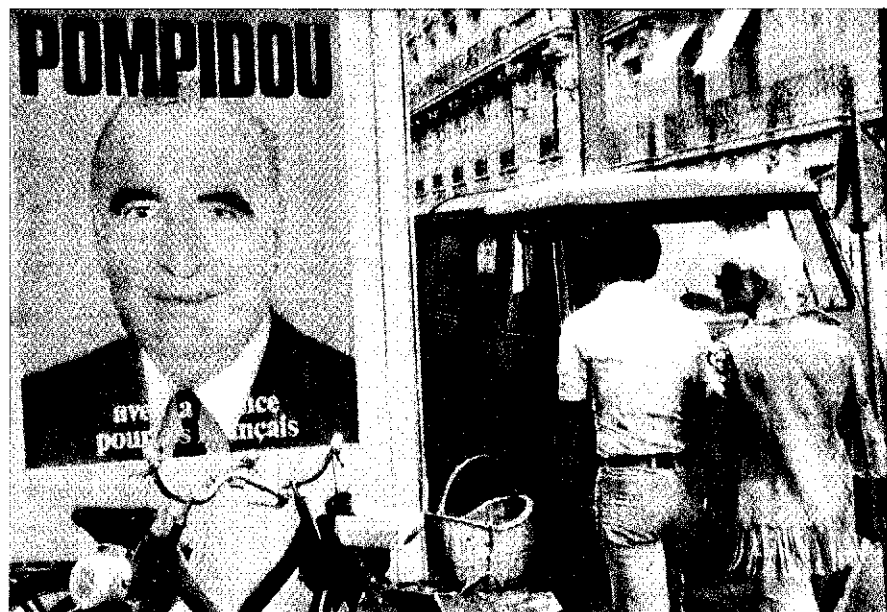
In einer Gewalttour, die selbst de Gaulles Reise-Leistungen übertrifft, versucht Pompidou, das Frankreich des Bürgertums und der Provinz-Notabeln, das am 27. April nein zu de Gaulle sagte, für sich zu gewinnen. Im Pariser Vorort Asnières drückte er die Hände unzufriedener Händler und Handwerker. Am 17. Mai standen Besançon, Reims, Metz, Straßburg und Nancy auf dem Programm; am 20. Mai spricht er in Orléans, Tours, Caen, Amiens und Rouen; am 22. Mai spricht er in Rennes, Nantes, Poitiers und Bordeaux, am 27. Mai in Nizza, Marseille, Toulouse.

Sein Kontrahent Poher ließ sich auf eine solche Provinz-Rallye nicht ein. Bescheiden verkündete er, als interimsistischer Staatschef könne er nur einen begrenzten Wahlkampf führen, seine Wahlkampf-Helfer würden ihr Büro weder im Elysée-Palast noch im Senat haben, seine Wahlplakate nicht die Nationalfarben tragen: ein Mann, der den Wahlkampf von seinem Staatsamt zu trennen weiß, stellten viele Franzosen erfreut fest.

Er werde auch, so Poher ein wenig verschmitzt, an keiner Wahlkampf-Veranstaltung teilnehmen und keine Einladung annehmen — „ausgenommen das Finale in der Fußballmeisterschaft am 18. Mai“.

Der so gänzlich neue Regierungsstil und die neuesten Meinungsumfragen — 56 Prozent für Poher, 44 Prozent für Pompidou — haben bei den Gaullisten Unsicherheit verbreitet. Wie ein böses Omen empfinden sie heute den Satz, den der seherische Malraux vor dem Referendum unter dem Beifall von 6000 Gaullisten in den Pariser Sportpalast gerufen hatte: „Es gibt keinen Nach-Gaullismus nach einer Niederlage de Gaulles.“

Roger Frey, Verbindungsminister zum Parlament, versuchte, die 293 Mann starke Gaullisten-Fraktion der Nationalversammlung mit den Worten zu beruhigen, Verzagen sei jetzt genauso unvernünftig wie vor kurzem die Euphorie. Und der vierschrotige Ex-Minister Sanguinetti sagte in Toulouse eine Apotheose des Gaullismus voraus, „zur Tilgung der Schmach, die dem größten Franzosen zugefügt wurde“.



Pompidou-Plakat in Paris: „Ich bin nicht de Gaulle“

wurde letzte Woche als wahrscheinlicher Premier des Rechten Poher gehandelt.)

Als zweitstärkster Kandidat würde Poher dann am 15. Juni zur Stichwahl gegen Pompidou antreten — mit guten Erfolgchancen. Denn die Kommunisten werden im zweiten Wahlgang eher für Poher als für Pompidou stimmen. Ihr Parteidoktrinär George Marchais klagte zwar, sie hätten dann nur die Wahl „zwischen Pest und Cholera“. Doch ihr Präsidentschaftskandidat Jacques Duclos schwächte ab: „Ich würde eher sagen, zwischen Krebs und Scharlach...“

Würde Poher Präsident, so argumentieren die Gaullisten, sähe er sich einer Nationalversammlung mit absoluter Gaullisten-Mehrheit gegenüber. Mißtrauensvoten, Regierungstürze, Neuwahlen wären die Folgen — nicht Ruhe.

Der Außenminister eines Präsidenten Poher könnte Jean Lecanuet heißen, der dem General de Gaulle

dem Interims-Präsidenten zwang den De-Gaulle-Erben Pompidou, gleichfalls um das Zentrum zu werben. Lecanuet zum SPIEGEL: „Wenn Poher gewinnt, zerbricht der Gaullismus.“

Deutlich rückte Pompidou von de Gaulles Politik — und seiner eigenen — ab: „Ich bin nicht de Gaulle, und ich will es auch nicht sein. Ich werde überzeugender, versöhnlicher und mehr ein Mann des Dialogs sein.“ Er versprach, das Parlament solle seine Rolle „voll und frei“ spielen dürfen, die Informationsfreiheit werde gesichert, Europa müsse zu „politischem Bewußtsein“ kommen. „Das heißt, ausdrücklich zuzugeben“, schrieb „Le Monde“, „daß das Parlament bislang nicht frei war, daß die Informationspropaganda war und die Dossiers über den Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt und selbst über die Bildung einer politischen Gemeinschaft neu eröffnet werden könnten.“

„In aller Eile verbrennen die Gaullisten, was sie mit so viel Über-